

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



40 JAHRE AKTIVES MUSEUM

Ein Quartettspiel zum Vereinsgeburtstag

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

Tel. +49(0)30-263 9890 39

Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de

www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Dr. Karoline Georg

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Lotte Thaa

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Katalogdruck Berlin

www.katalogdruck-berlin.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

Titel Kaspar Nürnberg, Berlin

S. 2 Nihad Nino Pušija, Berlin

S. 4 Nihad Nino Pušija, Berlin

S. 5 Kaspar Nürnberg, Berlin

S. 6-9 Nihad Nino Pušija, Berlin

S. 11 Museum Friedrichshain-Kreuzberg, Signatur:
B01_0016_33-37, Foto: Jürgen Henschel

S. 12 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (02) Nr. 0129173,
Foto: Karl-Heinz Schubert

S. 13 Archiv der Sozialen Demokratie/Friedrich Ebert Stiftung,
6/FOTA127745, Foto: Maschler

S. 14 Foto-Archiv Paul Glaser, Berlin

S. 15 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (01), Nr. 0240056,
Foto: Karl-Heinz-Schubert

S. 16 Museum Friedrichshain-Kreuzberg, Signatur:
K03_0466_01-08, Foto: Jürgen Henschel

S. 17 Ann-Christine Jansson, Berlin

S. 21 Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/77/027,
Ankauf aus Mitteln der Stift. Deutsche Klassenlotterie Berlin

S. 23 Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/156/019,
Ankauf aus Mitteln der Stift. Deutsche Klassenlotterie Berlin

S. 24 Maja Wypychowska, Berlin

S. 26 Akademie der Künste, Berlin, Kunstsammlung, Inventar-Nr.:
KS-Foto 2111, Foto: Michael Ruetz

S. 27 Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (01) Nr. 0097153,
Foto: Hans Seiler

S. 28 Johann Behrens, Berlin

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 3 Grußwort anlässlich der Festveranstaltung zum 40. Geburtstag des Aktiven Museums**
Christine Regus
- 5 Ein Quartettspiel zum Vereinsgeburtstag.
Dokumentation der Wortbeiträge zu acht Tätigkeitsfeldern des Aktiven Museums**
Ruth Preusse
- 10 Frühe Gedenkstätten und umstrittene Lernorte zum Nationalsozialismus in West-Berlin**
Gerd Kühling
- 20 Land und Stadt – Hachschara in Berlin?
Das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ sucht Mithilfe**
Knut Bergbauer / Miriam Rürup / Nina Zellerhoff
- 24 Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Charlottenburg und Wilmersdorf.
Vortrag zur Eröffnung in der Villa Oppenheim am 1. Juni 2023**
Gerd Kühling
- 28 Weichenstellungen ins Lager Theresienstadt – oder ins Exil.
Der Möckernkiez errichtet einen Gedenkort für die „Alterstransporte“ von 1942 bis 1945**
Johann Behrens / Matthias Braun / Norbert Peters

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Am 9. Juni haben wir mit vielen Freund*innen und Kolleg*innen einen runden Geburtstag gefeiert. Gemeinsam haben wir uns über alte und neue Projekte und Ideen ausgetauscht, haben gedacht, geehrt, gelacht, gespielt – und Torte gegessen. Mit Gedenktafelbezug – und wurden dann auch noch mit einer weiteren solchen großzügig seitens der KPM beschenkt...



Anlässlich der Festveranstaltung zum 40. Vereinsgeburtstag wurde Christine Fischer-Defoy zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Christine prägte das Aktive Museum wie niemand sonst, als Gründungsmitglied und später ein Vierteljahrhundert lang als unermüdliche Vereinsvorsitzende von 1992 bis 2017, voller Elan, beharrlich, mit tollen Ideen und großem Sachverstand.

Anlässlich unseres Vierzigsten haben wir aber auch über bestehende Herausforderungen gesprochen. Als Teil der Gesellschaft müssen wir feststellen, dass der Diskurs über Nationalsozialismus und Massenmord schriller, die Verhöhnung der Opfer und die Verherrlichung der Mörder (wieder) dreister werden. Gleichzeitig ist die Offenheit in der Stadtgesellschaft und großen Teilen der Politik gegenüber historisch-politischer Bildung, wie wir sie betreiben, ermutigend – insbesondere auch bei der neuen Generation der Lernenden, die nicht mehr „nicht schon wieder“ stöhnt, sondern offen fragt, was war.

Wie gehen wir damit um, dass an Berliner Universitäten (und teils auch an den Gedenkstätten) absehbar

wenig zum Nationalsozialismus geforscht wird? Wie zu unserer Gründungsphase, jedoch unter anderen Vorzeichen, müssen wir im Sinne der Geschichtswerkstätten neue Inhalte erarbeiten und überprüfen. Wie bekommen wir das hin, ohne jene zu verlieren, die nicht – was auch immer das sei – „Profis“ sind? Und wie können wir gleichzeitig die Gesellschaft der Vielen, unsere polyphone Stadt erreichen, neue Menschen mit neuen Hintergründen einbinden und mit ihnen eine neue Stimme finden?



Dabei müssen wir uns auch den Herausforderungen des digitalen Wandels stellen. Zwar scheint der Versuch der Kontrolle über das „sechste Element“, wie es Dan Diner neulich nannte, manchmal wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel, ihn aber aufzugeben, wäre fatal.

Kurz: Wie passen wir unsere Strukturen – eine gewachsene Gemengelage zwischen Eigensinn, Ehrenamt und professionellem Management – an die wachsenden Aufgaben an? All dies werden und müssen wir in den nächsten Jahren weiter diskutieren – damit wir dann zum 50. Geburtstag wieder etwas zu feiern haben!

Einladen möchte ich Sie und Euch auch schon einmal ganz herzlich zur Mitgliederversammlung am 13. November 2023, sowie zu unserem Herbstsalon am 28. November. Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr auch am 9./10. September zu unserem Historischen Straßenfest im sogenannten „Fliegerviertel“ im Rahmen der Berliner „Tage des Exils“, am 12. Oktober zur Fachtagung zur Demokratiegeschichte in die Gedenkstätte

Deutscher Widerstand, am 16. Oktober zur Vorstellung unseres großen, von der Alfred Landecker Foundation geförderten Projekts zu den „Zwangsräumen“ im Roten Salon der Berliner Volksbühne sowie Anfang November zur Vorstellung des von uns herausgegebenen Buches von Karsten Krampitz zum Scheunenviertelpogrom 1923 in die Berliner Zentral- und Landesbibliothek kommen würdet.

Vor diesem heißen Herbst wünsche ich nun erst einmal eine interessante Lektüre des Rundbriefs: Zunächst hat Ruth Preusse dankenswerterweise unsere Geburtstagsfeier dokumentiert. Vielen Dank auch an Christine Regus für ihr herzliches Grußwort – und die Abdruckgenehmigung in diesem Heft. Der Beitrag von Gerd Kühling beschäftigt sich dann in einer Rückschau zu den Anfängen der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen mit den frühen Gedenkstätten und umstrittenen Lernorten zum Nationalsozialismus. Unsere Kolleg*innen vom Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam stellen ihr Projekt zu Orten der Hachschara in Berlin und Brandenburg vor. Im Anschluss wird die Rede von Gerd Kühling anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Charlottenburg und Wilmersdorf“ dokumentiert. Abschließend stellen noch einige im Möckernkiez lebende AG-Mitglieder einen dort geplanten Gedenkort für die „Alterstransporte“ von 1942 bis 1945 vor.

Ganz herzlich grüßt

Christoph Kreuzmüller
Vorsitzender

GRUSSWORT ANLÄSSLICH DER FEST- VERANSTALTUNG ZUM 40. GEBURTSTAG DES AKTIVEN MUSEUMS

Liebe Mitglieder des Aktiven Museums,
verehrte Anwesende,

Zunächst möchte ich Ihnen sehr herzliche Grüße und Glückwünsche des Kultursenators Joe Chialo übermitteln, der sehr gerne persönlich gekommen wäre, aber leider verhindert ist. Ich freue mich sehr, dass ich ihn heute vertreten und ein paar Worte aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums des Aktiven Museum sagen darf. Schließlich gibt ein Jubiläum einen guten Anlass, den Blick zurück in die eigene Geschichte zu werfen, und da sind Sie alle, die Vereinsmitglieder – darunter auch einige der ersten Stunde –, berufener als ich, den Bogen zu schlagen: Von der Vereinsgründung 1983, dem großen und überaus erfolgreichen Projekt, das am Ende in die Gründung der Stiftung Topographie des Terrors mündete, den vielen Projekten im Stadtraum, von Straßenumbenennungen, dem Berliner Gedenktafelprogramm, über diverse Ausstellungen, die Koordinierungsstelle Stolpersteine, die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen bis in die Gegenwart. Auf die Präsentation des aktuellen Projektes zu jüdischen Zwangsräumen bin ich sehr gespannt und hoffe, dass auch das gemeinsam mit den Bezirksmuseen geplante Projekt zur Geschichte der Berliner Straßennamen umgesetzt werden kann.

Das Aktive Museum ist aus großem aktivistischen, bürgerschaftlichen Engagement für einen kritischen Umgang mit der NS-Geschichte Berlins und dessen konkreter Vermittlung im Stadtraum entstanden. Es gehört zur Geschichte der Aufarbeitung staatlichen Unrechts und der NS-Geschichte insbesondere, dass diese von zivilgesellschaftlichen Akteuren oftmals gegen den Staat erkämpft werden musste – auch wenn das heute bei manchen in Vergessenheit gerät. Davon gibt auch die Geschichte des Aktiven Museums zahlreiche Beispiele.

Als ich 2017 Christine Fischer-Defoy als Vorstandsvorsitzende verabschieden durfte, war ich auf ein Foto gestoßen, das dafür exemplarisch steht und in der Jubiläumsausgabe des Mitgliederrundbriefs zum 25-jährigen Jubiläum des Aktiven Museums abgedruckt ist. Es zeigt Frau Fischer-Defoy, wie sie unterhalb des Straßenschildes zum Hindenburgdamm mit der Unterstützung zweier Kolleginnen ein erläuterndes Ergänzungsschild mit Kabelbindern anbringt. Es soll über den Hintergrund der Namensgebung und die Rolle Hindenburgs als Wegbereiter des Nationalsozialismus aufklären. Es ist 1994. Darunter ein Foto, das die Aktivistinnen im Kreis zweier Polizisten zeigt, die die Personalien aufnehmen, und darunter die Bemerkung: „Dann kam ein Wagen mit zwei kräftigen Handwerkern vom Bezirksamt angefahren und entfernte das Ergänzungsschild wieder. Dafür stellte das Bezirksamt dem Aktiven Museum 150 Mark in Rechnung.“

Diese Anekdote zeigt anschaulich, dass ein Bewusstsein für die Geschichte des Nationalsozialismus



Blick in den voll besetzten Veranstaltungsraum

in Berlin auch in den Behörden und bei den politischen Entscheidungsträgern keineswegs vorausgesetzt werden konnte. Dass dieses eingefordert, ja auch ertrotzt und erkämpft werden musste und dass man dabei auch Rückschläge in Kauf und gegen Borniertheit und Unverständnis ankämpfen musste und muss, gehört zur Geschichte des Aktiven Museums und zur Erfahrung seiner Mitglieder.

Gerhard Schoenberger beschrieb den Kampf um das ehemalige Gestapogelände im Rückblick so: „Unsere Anfänge waren sehr bitter und frustrierend und die kleinen Erfolge, die man hatte, kaum vorzeigbar. Im Berliner Abgeordnetenhaus haben wir stundenlang gewartet, um irgendwelche Politiker zu sprechen und zu bearbeiten. Dann gelang es, den Bauausschuss der BVV Kreuzberg für unser Projekt zu gewinnen. Immer wieder hatten wir das Gefühl, einen Fuß in die Tür gekriegt zu haben, aber am Ende wurde nichts draus. Es gab hart erkämpfte Mini-Erfolge, die sich wieder in Luft auflösten. Es war eine ziemlich frustrierende Zeit. Es folgten die zahllosen Sitzungen zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände, dann in der vom damaligen Kultursenator Volker Hassemer einberufenen Planungsgruppe, später jahrelang in den verschiedenen Gremien der Topographie, wo sich unsere Erfahrungen wiederholten: Es ging und ging nichts vorwärts. Ich habe oft gesagt: Mein Soll an Sitzungen, Treffen und Besprechungen habe ich bis zu meinem 150. Geburtstag im Voraus absolviert.“



Es wurde am Ende ein Erfolgsprojekt, auch wenn der Weg steinig war. Und der Dank hierfür gilt dem unermüdlischen und kämpferischen Geist all jener, die sich im Aktiven Museum engagierten und zum Teil bis heute mitwirken und mitgestalten.

Irgendwann hat auch das Aktive Museum in gewisser Weise den Weg der Institutionalisierung vollzogen. Seit 1990 wird der Verein durch das Land Berlin gefördert. Und das ist wichtig und gut so. Allerdings

ist ein solcher Prozess für einen zivilgesellschaftlichen Verein nicht spannungsfrei. Als Vertreterin der Senatskulturverwaltung repräsentiere ich gewissermaßen dieses Spannungsverhältnis von Aktivismus und Politik, mit dem sich alle erfolgreichen Bewegungen der Zivilgesellschaft an irgendeinem Punkt ihrer Geschichte konfrontiert sehen. Es ist jedoch meine Überzeugung, dass Erinnerungskultur als direktive Geschichtspolitik „von oben“ nicht funktionieren kann.

Das Aktive Museum steht genau für das Gegenteil, eine lebendige und inklusiv gedachte Erinnerungskultur. Eine Erinnerungskultur, die sich als einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess versteht und die zivilgesellschaftlich getragen ist, eigenständig und eigenständig.

Politik und Verwaltungsinstitutionen können diesen Verständigungsprozess unterstützen und fördern, aber er funktioniert nur, wenn Menschen aktiv werden, denen Interesse, ein intrinsisches Brennen für die Sache, aber auch Mut und Witz zu eigen sind. Auch letzteres haben Sie im Aktiven Museum immer wieder durch diverse Aktionen unter Beweis gestellt. Und so ist das Aktive Museum eine, wie man so schön sagt, „Institution“ in Berlin geworden, die sich ein großes Vertrauen erworben hat, mit viel Kompetenz, Engagement und der Bereitschaft, sich immer wieder neu mit der Zukunft der Erinnerungskultur und ihren Herausforderungen zu befassen, neue Akzente zu setzen, neue Arbeitsweisen zu erproben und Konflikte auszuhalten und auszuhandeln.

Ich schätze diese Perspektive des Aktiven Museums sehr und ich bin überzeugt, wir brauchen das Aktive Museum für eine pluralistische Erinnerungskultur und eine zeitgemäße Form des Erinnerens in dieser Stadt mehr denn je! Vielen Dank!!

Christine Regus

Dr. Christine Regus leitet seit 2012 das Referat Gedenkstätten, Museen, Einrichtungen Bildender Kunst in der Berliner Senatskulturverwaltung.

EIN QUARTETTSPIEL ZUM VEREINSGEBURTSTAG

Dokumentation der Wortbeiträge zu acht Tätigkeitsfeldern des Aktiven Museums



In Vorbereitung auf den 40. Geburtstag unseres Vereins entwickelten Kaspar Nürnberg und Ruth Preusse im Herbst 2022 die Idee, einen Rückblick in unsere bewegte Geschichte nicht über eine Foto-Präsentation oder eine Broschüre, sondern mit Hilfe eines Quartettspiels zu versuchen. Dafür wurden acht Tätigkeitsfelder des Vereins definiert und jeweils vier Beispiele aus den vergangenen Jahrzehnten exemplarisch ausgewählt. Übrigens: Wer in den Besitz eines unserer Quartette kommen möchte, melde sich bitte in der Geschäftsstelle!

Die Geburtstagsveranstaltung am 9. Juni 2023 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, bei der das Quartett als Geschenk an die Anwesenden verteilt wurde, nahm diesen Zugriff auf die Vereinsgeschichte nochmals dramaturgisch auf. Matthias Schirmer, Rundfunkjournalist und momentan engagiert in der Ausstellungs-AG „Zwangsräume“ unseres Vereins, befragte acht Aktive jeweils fünf Minuten lang über eine der Quartettkarten oder -kapitel.

Dr. Ruth Preusse arbeitet in der Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und ist Schatzmeisterin des Aktiven Museums.

Gestapogelände

„Damals waren wir ein Verein, der aus ganz unterschiedlichen Akteuren bestand, auch Verfolgtenverbände gehörten dazu. Gemeinsam war uns, dass wir eine Auseinandersetzung mit der Geschichte in Verantwortung für die Zukunft wollten. Wir wollten uns auf gar keinen Fall nur mit der Historie beschäftigen, sondern Lehren ziehen aus dem, was damals gewesen ist, und nach Erklärungen suchen, warum so viele fasziniert waren vom Faschismus, warum so viele hinterhergelaufen sind. Und wir waren der Meinung, wir brauchen dafür einen Ort. Das Gestapogelände schien uns genau der richtige Ort zu sein, weil es der Ort der Täter und nicht der Opfer war, wo ganz ‚saubere‘ bürokratische Arbeit geleistet wurde. Wir waren der Meinung, dass von dort die beste Verbindung zu heutigem Fehlverhalten abgeleitet werden kann.“

Leonie Baumann, heute Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds, war von 1989 bis 1992 Vereinsvorsitzende.



Gedenktafeln

„Aus meiner Sicht gibt es bei Gedenktafeln zwei Probleme: Das eine ist, dass nach der Anbringung das Vergessen einsetzen kann, denn man hat ja jetzt vermeintlich etwas getan, das Thema ist erledigt. Deshalb müssen die Tafeln weiter bespielt werden, damit sie nicht ihren Sinn verlieren. Das zweite ist, dass vielleicht neue Forschungsergebnisse die Person in einem anderen Licht erscheinen lassen, oder dass die Gesellschaft heute einfach auf Menschen anders guckt und Dinge nochmal kritischer einordnen möchte. Dafür nutzen wir unsere Gedenktafel-Webseite: Das ist ein sehr gutes Medium, um zu ergänzen, zu erläutern, zu kontextualisieren und zu beschreiben, dass Menschen keine unfehlbaren Heldinnen und Helden sind, weil sie auf einer Tafel geehrt werden.“

Nora Hogrefe leitet die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen, die seit 2021 zum Aktiven Museum gehört.



Straßennamen

„Unser Anliegen, die inhaltliche Gestaltung des Gestapogeländes, ging langsam voran. Auch deshalb kam es Anfang der 1990er-Jahre zu vielen anderen Vereinsaktivitäten, zum Beispiel dem Anbringen von sogenannten Straßenergänzungstafeln. Am 2. Oktober 1994 notierte ich in mein Tagebuch: ‚Hinweistafel für Clara Zetkin vom Aktiven Museum angebracht, von der Polizei entfernt.‘ Und irgendwie gehört das auch zu unserer Arbeit: Zu dokumentieren, dass manches rückwärts geht. Ich freue mich, dass mein Verein in den vierzig Jahren so jung geblieben ist, es sind so viele junge Mitglieder da, denen ich danken möchte. Und ich wünsche dem Verein weiterhin erfolgreiche Jahrzehnte der Aufklärung über früheren Faschismus und des Widerstands gegen neuen Faschismus. Das halte ich für außerordentlich wichtig in dieser Zeit der ‚Reichsbürger‘ und der AfD, was mir große Angst macht.“

Eleonore Kujawa, später einige Jahre lang Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Aktiven Museums.



Ausstellungen

„Es hat mich sehr beeindruckt, wie in einem Prozess von mehreren Jahren mit ganz viel oftmals ehrenamtlichem Engagement die weitgehend vergessene Geschichte der ‚Polenaktion‘ erzählt werden konnte. Das ist für mich auch die Essenz des Aktiven Museums: Zum einen werden Dinge wirklich angepackt und zum anderen bleiben sie auch bestehen. Denn die Ausstellung, die wir 2018 in Berlin eröffnet haben, ging anschließend ans Jüdische Historische Institut in Warschau, dann gab es eine Pause durch die Pandemie, aber diesen Sommer wird sie in Zbąszyń wiedereröffnet. Und wir haben eine Wanderausstellung entwickelt, die die Geschichte der ‚Polenaktion‘ für ganz Deutschland erzählt. Im letzten Herbst wurde diese Ausstellung in Frankfurt/Oder gezeigt, momentan wird sie in Dortmund sein, weitere Stationen sind geplant. Im Oktober wird in London erstmals die englische Version präsentiert. Also: ein langer, erfolgreicher Prozess mit vielen Beteiligten.“

Dr. Alina Bothe ist Kuratorin der „Polenaktion“-Ausstellung und seitdem Vereinsmitglied.



Veranstaltungen

„2017 hat das Aktive Museum eine Zukunftswerkstatt veranstaltet. Da ging es um die Frage: Wie soll unsere Arbeit weitergehen, wie verjüngen wir uns? Und daraus ist unter anderem die Idee entstanden, regelmäßig, möglichst zweimal im Jahr, Salons zu veranstalten. Bis heute haben sieben sehr gut besuchte Salons stattgefunden, durch Corona hatten wir natürlich eine Unterbrechung. Es ging um ganz unterschiedliche geschichtspolitische Themen. Wir greifen Debatten auf, die für uns interessant sind, aber es kommen nicht nur Vereinsmitglieder, sondern auch Bekannte und Interessierte. Die Idee, über dieses Format mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, auch mal Streitbar und kontrovers, ist absolut aufgegangen.“

Vielleicht sollten wir künftig auch einmal über unterschiedliche Erinnerungen in Ost und West sprechen. Ich bin im Vorstand die Einzige, die eine Ost-Sozialisation erlebt hat, und manchmal habe ich schon das Gefühl, dass diese Perspektive beim Blick auf Berliner Geschichte unterrepräsentiert ist.“

Dr. Karoline Georg ist als Vorstandsmitglied unter anderem Teil der Organisations-AG der „Salons“.



Publikationen

„Das Aktive Museum hat in den letzten 40 Jahren eine Vielzahl verschiedener Publikationen herausgegeben. Einige davon sind mittlerweile Standardwerke der Berliner Erinnerungskultur, wie unsere Bücher zu Stolperstein-spaziergängen oder die Bände zu Berliner Gedenktafeln. Auch viele unserer Ausstellungskataloge waren sehr populär, einige wurden zwischenzeitlich in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung angeboten, manche sind seit Jahren vergriffen.“

Auch der Rundbrief ist eine einzigartige zeitgeschichtliche Quelle, und unser Rundbriefarchiv eine regelrechte Schatzkiste. Ich kann alle nur ermutigen, einen Blick in die älteren Ausgaben zu werfen. Eine Sparte, die ich dort sehr interessant fand: Buchempfehlungen für den Urlaub! Vielleicht sollten wir das wieder einführen.“

Dr. Gerd Kühling ist Mitglied des Vorstands und bereichert die Mitgliederrundbriefe seit vielen Jahren mit seinen historischen Beiträgen.



Stolpersteine

„Am 21. April 2016 verlegte Gunter Demnig am Alexanderplatz fünf Steine für Menschen, die ohne festen Wohnsitz nicht Teil der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft waren und als ‚asozial‘ verfolgt, mehrfach eingesperrt und im KZ Sachsenhausen ermordet wurden. Diese Verlegung zeigt, welches – zu wenig beachtetes und genutztes – Potential das Kunst- und Gedenkprojekt Stolpersteine hat. Mit Stolpersteinen kann auch an marginalisierte Verfolgtengruppen erinnert werden. Die Initiative war ursprünglich von Michael Wildt ausgegangen, Oliver Gaida recherchierte die fünf Biografien. Spontan wurde dann der Verein Straßenkinder e.V. Teil dieser Veranstaltung, die von den beiden Straßenmagazinen ‚Motz‘ und ‚Straßenfeger‘ unterstützt wurde. Einer der Sozialarbeiter kam mit Jugendlichen zur Verlegung, und die Kids beteiligten sich aus eigenem Antrieb und ganz handfest, indem sie Gunter Demnig halfen, die Verlegestelle vorzubereiten und an seiner statt die Eimer trugen.“

Dr. Silvija Kavčič leitet seit 2012 die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin im Aktiven Museum.



Digitales

„Unser derzeit größtes digitales Vorhaben: Unter dem Titel ‚Zwangsräume‘ beschäftigt sich ein von der Alfred Landecker Foundation gefördertes Projekt mit antisemitischer Wohnungspolitik im nationalsozialistischen Berlin. Es untersucht sogenannte ‚Judenwohnungen‘ und ‚-häuser‘, in die Berliner Jüdinnen und Juden ab Mai 1939 zwangsweise umgesiedelt wurden. Die Recherchen der zahlreichen Beitragenden münden in eine Online-Ausstellung, die im Oktober gelauncht wird. Die Online-Ausstellung leistet eine Kartierung dieser Häuser, beschreibt exemplarische Hausgeschichten und erläutert den historischen Kontext. Ein Instagram-Account gibt seit Oktober letzten Jahres erste Einblicke in die Projektarbeit.“

Das Projekt hat aber auch noch mehrere nicht-digitale Standbeine wie temporäre Interventionen im Stadtraum und bleibende Markierungen an den betroffenen Häusern, Veranstaltungen, Rundgänge und einen Sammelband. Fazit: Das Aktive Museum ist zwar kein ‚Digital Native‘, aber mit seinen 40 Jahren digitaler, als man vielleicht gemeinhin annehmen könnte.“

Astrid Homann ist Vorstandsmitglied und bespielt auch unsere Social-Media-Kanäle.



FRÜHE GEDENKSTÄTTEN UND UMSTRITTENE LERNORTE ZUM NATIONALSOZIALISMUS IN WEST-BERLIN

In Berlin existieren zahlreiche Gedenkstätten und Dokumentationszentren, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Mit einem breiten Bildungsangebot klären sie über die NS-Verbrechen auf, erinnern an die Opfer der Verfolgung und informieren über den Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in den Jahren von 1933 bis 1945. Als sich der Verein „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ im Juni 1983 gründete, war die Ausgangslage noch grundverschieden. In West-Berlin existierten mit der Gedenkstätte Plötzensee und der Gedenk- und Bildungsstätte in der Stauffenbergstraße nur zwei Einrichtungen, die mit weiterführenden Angeboten über das „Dritte Reich“ aufklärten. In Westdeutschland gab es kaum Alternativen. In einem Artikel für die Bundeszentrale für politische Bildung hielt Falk Pingel 1981 sogar fest, in der gesamten Bundesrepublik sei mit der Gedenkstätte Dachau nur noch eine weitere Einrichtung vorhanden, die „sachliche Aufklärung“ leiste, und die neben der Erinnerung an die Opfer auch über deren Geschichte und den Nationalsozialismus informiere.¹

Das Aktive Museum wollte auf dem sogenannten Prinz-Albrecht-Gelände, wo bis 1945 die Zentrale der Gestapo, der Reichsführer SS und das Reichssicherheitshauptamt ihren Sitz hatten, einen Lern- und Bildungsort – ein „aktives Museum“ – etablieren. Damit strebte der Verein nichts Geringeres an, als die seit Jahrzehnten festgefügte West-Berliner (und westdeutsche) Gedenkstättenlandschaft zu erweitern. Die angestrebte Institution sollte weitaus mehr sein, als ein Pavillon mit einigen historischen Fotos und Dokumenten, wie der Gründungsvorsitzende Gerhard Schoenberger erklärte. Vielmehr war sie als ein Ort des selbstständigen, aktiven Lernens angedacht, der mit Archiv, Mediothek,

Ausstellungsräumen, Werkstätten und einem Kommunikationszentrum ausgestattet sein sollte. Die langjährige Vorsitzende Christine Fischer-Defoy fasste es Jahre später prägnant zusammen: „Nicht ein Museum, wo irgendein Kurator Sachen an die Wand hängt, sondern wo jeder, wenn er will, hinkommen und zeigen kann, was er zeigen möchte. Jeder sollte aktives Museum sein können.“²

Über die Geschichte des Vereins, seinen Einfluss auf die Gestaltung des Prinz-Albrecht-Geländes und die enge Verbindung zur „Topographie des Terrors“ ist bereits viel geschrieben worden.³ Dieser Beitrag möchte ergänzend dazu die Vorgeschichte des Aktiven Museums aufzeigen. Er skizziert die Entwicklung der (West-) Berliner Gedenkstättenlandschaft nach 1945 und legt sein besonderes Augenmerk auf die Etablierung von anderen Lernorten zur NS-Zeit, konkret sind dies die Gedenkstätte Plötzensee, das Haus der Wannsee-Konferenz und die Gedenk- und Bildungsstätte in der Stauffenbergstraße. In welcher Beziehung standen diese Einrichtungen und ihre Akteure zueinander? Auf welche Weise wirkten diese Initiativen bis in die Debatten um das Prinz-Albrecht-Gelände in den frühen 1980er-Jahren hinein? Die Antworten auf diese Fragen können verdeutlichen, dass die Abgrenzung zum klassischen Museum, die Idee der „arbeitenden Gedenkstätte“ oder das Verständnis der „Gedenkstätte als Lernort“ nicht erst Schlagworte der 1980er-Jahre waren, sondern in West-Berlin schon weitaus früher die geschichtspolitischen Debatten prägten. Auch waren alle genannten historischen Orte seit den 1960er-Jahren mit Erwartungen und Zuschreibungen konfrontiert, auf die sehr unterschiedlich reagiert wurde.

Die erste Gedenkstätte in Plötzensee

Im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee wurden in der NS-Zeit fast 3.000 Menschen ermordet. Als im September 1952 im ehemaligen Hinrichtungsschuppen die erste Gedenkstätte West-Berlins eröffnete, war diese alles andere als ein Lernort. Sie war schwer erreichbar, hatte nur beschränkte Öffnungszeiten und bot keine weiteren Informationen. Erst Ende der 1950er-Jahre folgten Überlegungen, außer dem Gedenken der Opfer der „Hitlerdiktatur“ auch Wissensvermittlung

zum Nationalsozialismus zu betreiben. So sollte neben dem Hinrichtungsraum auf einer Langspielplatte oder einem Magnetophonband ein prominenter Sprecher die „prägnantesten Probleme der Widerstandskämpfer“ erläutern. Das Audio-Angebot wurde wegen mangelnder Betreuungsmöglichkeiten allerdings nicht umgesetzt. Stattdessen konnten sich seit 1960 Besucher*innen mit Hilfe einer kostenlosen Broschüre über Plötzensee informieren. Bei weit über 300.000 Gästen im Jahr (Stand: 1967) fand die Publikation große Verbreitung. Herausgeber war die Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Autor der Historiker Friedrich Zipfel. Die Broschüre erschien in mehreren Auflagen und Sprachen und bot sogar einen Blick über den Ort hinaus: Auf der Rückseite waren auf einem Stadtplan weitere „Stätten der Verfolgung und des Widerstands in Berlin“ verzeichnet. Neben NS-Täterorten im Ostteil der Stadt zählten dazu auch die Gestapo-Zentrale in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße Nr. 8 (heute: Nieder-

kirchnerstraße) oder das einstige Oberkommando des Heeres im Bendlerblock in der Stauffenbergstraße, welches das Zentrum des Umsturzversuches gegen das NS-Regime am 20. Juli 1944 gewesen war.

Im Jahr 1964 ging die Gedenkstätte Plötzensee in den Verantwortungsbereich der Landeszentrale über. Im selben Jahr beschloss das Abgeordnetenhaus, Aufsichtskräfte für die Gedenkstätte einzustellen. Mittel für Führungen durch qualifiziertes Personal standen allerdings nicht zur Verfügung. Ohnehin schien man von diesem Vermittlungsangebot nicht überzeugt. Gegenüber dem „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN), der regelmäßige Führungen angeregt hatte, argumentierte Eberhard Aleff von der Landeszentrale, selbst qualifizierte Guides würden irgendwann „unausweichlich in jene leiernde Routine verfallen“, wie man sie „in Museen fast immer beobachten“ könne. Davor würde der Landeszentrale jedoch „an dieser Stätte



Eine Schülergruppe betrachtet 1966 beim Besuch der Gedenkstätte die ausgelegte Plötzensee-Broschüre.



Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte am 20 Juli 1968. Johannes Karl Richter (1.v.r.) erläutert Senator Kurt Neubauer (Mitte) die Ausstellung.

mit Recht grausen“.⁴ Führungen gab es daher nur in Ausnahmefällen. Erst in den 1970er-Jahren wurde das Angebot erweitert und eine kleine Dokumentation in den Nebenräumen des ehemaligen Hinrichtungsschuppens angebracht.

Die Bildungsstätte in der Stauffenbergstraße

Die ersten Pläne für einen Lernort zur NS-Geschichte im Stadtzentrum entstanden in den frühen 1960er-Jahren ebenfalls unter Federführung der Landeszentrale. Anfangs war noch von einer „Kombination von Museum, Ausstellung und Kabinett“ die Rede. Geplant war die Nutzung von mehreren historischen Räume im zweiten Stock des Bendlerblocks, darunter das ehemalige Arbeitszimmer von Claus von Stauffenberg, welches historisch rekonstruiert werden sollte. Je konkreter das Vorhaben Gestalt annahm, desto mehr grenzten sich die Verantwortlichen jedoch von musealen Inszenierungen ab. Der Leiter der Landeszentrale Johannes Karl Richter betonte vor der Eröffnung im Juli 1968, man werde kein „totes Museum“ oder „Gruselkabinett“, sondern vielmehr eine „Gedenk- und Bildungsstätte“ sein. In der Stauffenbergstraße sollten die Besucher*innen mit

einer Ausstellung, Filmvorführungen und Vortragsveranstaltungen „rational“ angesprochen werden. Eine enge Verbindung sollte zudem zur Gedenkstätte Plötzensee bestehen, wo der Zugang mehr „emotional“ sei. Mit Bedauern stellte Richter fest, dass viele Besucher*innen in Plötzensee, „weniger die historischen Zusammenhänge kennenlernen als vielmehr erfahren wollen, auf welche martialische Art und Weise die NS-Opfer getötet wurden.“⁵ Diese makabre Sensationslust konnte seinerzeit auch in der KZ-Gedenkstätte Dachau beobachtet werden und galt als ein abschreckendes Beispiel der „Vergangenheitsbewältigung“.

Das gescheiterte Dokumentationszentrum

Die frühe Ausprägung des „Dark Tourism“ beeinflusste die Diskussion um das ehemalige Gästehaus der SS in Berlin-Wannsee, wo am 20. Januar 1942 die „Wannsee-Konferenz“ stattgefunden hatte. Ab 1965 forderten der Auschwitz-Überlebende Joseph Wulf und einige Mitstreiter*innen, in der Villa ein „Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen“ (IDZ) einzurichten. Ein gleichnamiger Verein wählte Wulf zum Vorsitzenden, seine Stellvertreter waren Friedrich Zipfel und Peter Heilmann. Internationale Geldgeber sagten wegen des symbolischen Ortes ihre Unterstützung zu. In der Debatte um das Vorhaben offenbarte sich erneut das Spannungsfeld von musealer Präsentation und lebendiger Erinnerungsarbeit. Wulf versicherte: „Das Haus am Wannsee soll doch nicht nur Gedenkstätte, ein totes Museum sein. Sondern die Intentionen unseres Vereins zielen doch gerade darauf ab, dort eine lebendige, wissenschaftliche, internationale Forschungsstätte zu etablieren“.⁶ Der Senat jedoch gab das Gebäude, in dem sich damals noch das Schullandheim des Bezirks Neukölln befand, nicht frei. In einem offenen Brief hob der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz stattdessen das Engagement für die Gedenkstätten in Plötzensee und in der Stauffenbergstraße hervor. Sein Statement lautete: „Ich will ein Dokumentationszentrum. Ich will keine makabre Kultstätte“.⁷ Die Vermittlung von Geschichte an diesem Täterort war für ihn und viele andere noch undenkbar.

Der Streit um das Dokumentationszentrum rief 1967/1968 dafür weitere Orte als Alternativen ins Gedächtnis, deren NS-Geschichte nach 1945 verdrängt worden war. So erfolgte mehrfach der Vorschlag, das IDZ auf dem Gelände der abgerissenen Gestapo-Zentrale zu errichten. Ebenso wurde der Standort des frühen Konzentrationslagers Columbia-Haus am Tempelhofer Feld als Option genannt. Vertreter des Bezirk Neukölln brachten zudem den ehemaligen Amtssitz Adolf Eichmanns in der Kurfürstenstraße 115/116 und sogar den Bendlerblock in der Stauffenbergstraße ins Spiel. Demgegenüber sprach sich Wulfs Mitstreiter Gerhard Schoenberger für die Wannsee-Villa aus. Sein Argument lautete, er könne sich für diesen Ort der Planung von NS-Verbrechen nicht besseres vorstellen, als dort auch die Erforschung dieser Verbrechen zu betreiben. In dieselbe Richtung plädierten mehrere Kinder von Widerstandskämpfer*innen. Sie verfassten einen Brief an Klaus Schütz, in dem sie sich im Namen aller Angehörigen des 20. Juli 1944 für die Etablierung des Dokumentationszentrums am Wannsee aussprachen.⁸

Der Senat blieb bei seinem Entschluss und bot stattdessen Standorte in der Nähe der Freien Universität an. Joseph Wulf und seine Mitstreiter*innen wollten ein Ersatzgebäude nur akzeptieren, wenn ihnen eine Anfangsfinanzierung gewährt würde. Auch müsse ihnen das Haus der Wannsee-Konferenz für Veranstaltungen



Joseph Wulf im Gespräch mit dem Telegraf-Journalisten Heino Eggers am 27. August 1968

zur Verfügung stehen. Noch im August 1968, einen Monat nach Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte in der Stauffenbergstraße, äußerte sich Wulf gegenüber der Presse zuversichtlich, dass das IDZ bald ebenfalls seine Arbeit aufnehmen werde. Doch selbst dieser Kompromiss scheiterte. Der Verein für das Vorhaben löste sich 1972 auf. Lediglich eine schlichte Gedenktafel brachte der Bezirk Neukölln später neben dem Tor an. Mehrmals wurde sie mit Naziparolen beschmiert und schließlich gestohlen. Wulf nahm sich 1974 das Leben.

Stadtrundfahrten zu historischen Orten

Die einzige West-Berliner Gedenkstätte, die in den 1970er-Jahren umfassende Vermittlungsangebote hatte, blieb die Bildungsstätte in der Stauffenbergstraße. Wie schwierig ihre Aufgabe war, hielt ihr Leiter Hans-Ludwig Schoenthal 1976 fest. Er bekannte, dass es in der aktuellen Nostalgiewelle, in der „Nazi-Zeitungsabdrucke, Nazi-Lieder auf Schallplatten und Nazi-Embleme verhökert“ würden, sehr schwer sei, der „nachfolgenden Generation unsere Erfahrungen weiterzuvermitteln.“⁹ Der langjährige Mitarbeiter der Gedenkstätte Hans-Rainer Sandvoß erinnerte sich später ebenfalls an die Schwierigkeiten bei der Vermittlung von NS-Geschichte. So beklagten zahlreiche Lehrkräfte beim Besuch in der Stauffenbergstraße, dass es in der Stadt an der lokalen Verknüpfung mit der allgemeinen Widerstandsgeschichte fehle. Vor diesem Hintergrund kam Sandvoß Ende der 1970er-Jahre die Idee für das Faltblatt „Stätten des Berliner Widerstandes 1933-1945“. Es gab mit Fotos und kurzen Erläuterungen einen Überblick zu ausgewählten historischen Orten im Westteil der Stadt, die im Rahmen von Stadtrundfahrten besucht werden konnten.¹⁰ Die kleine Publikation stieß auf große Resonanz, denn zum damaligen Zeitpunkt nahmen bereits unzählige Jugendliche an Stadtrundfahrten unterschiedlicher Anbieter teil.

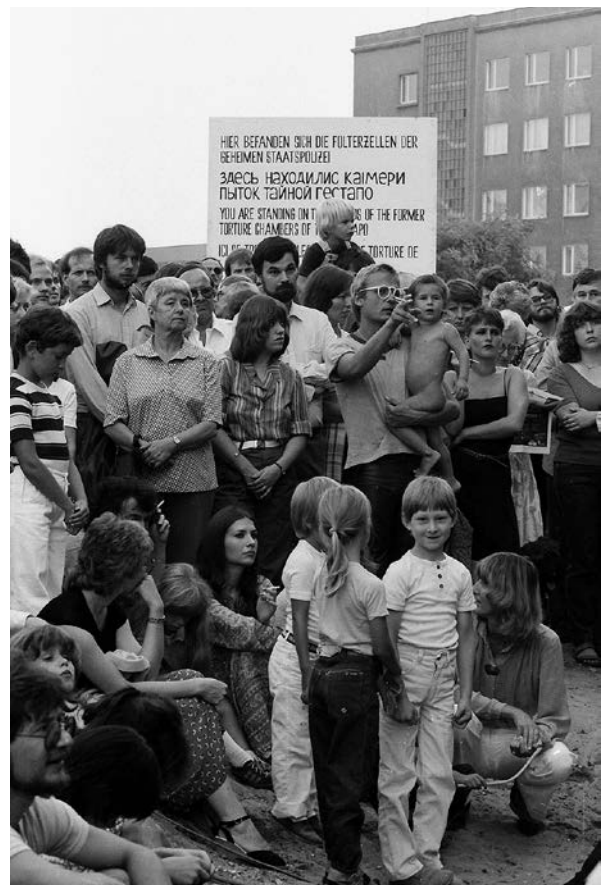
Das Ringen um das Prinz-Albrecht-Gelände

Zu einer wichtigen Station der Stadtrundfahrten zum Nationalsozialismus zählte das Prinz-Albrecht-Gelände, das seit 1978 von verschiedenen Akteuren

wieder ins Gedächtnis gerufen worden war. So empfahl Hans-Rainer Sandvoß dem Senat Anfang 1979, einen Gedenkstein oder eine Tafel am historischen Ort der Gestapo-Zentrale aufzustellen. Kurz darauf forderte der Architekt Andreas Redemeister die Errichtung eines „Museums des Antifaschismus“ unmittelbar am Gelände, ohne dies näher zu spezifizieren. Konkreter war dagegen Werner Goldberg, der Vorsitzende des BVN und der „Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen Politisch, Rassisch und Religiös Verfolgter“. Er sprach sich für eine zentrale Dokumentationsstelle aus. Diese sollte nicht nur Museum und Archiv sein, sondern zugleich eine Begegnungsstätte, die für die Weltöffentlichkeit zugänglich sei. Diesbezüglich verwies er auch auf „die früheren Anregungen von Josef Wulf“.¹¹

Im Jahr 1980/1981 forderten weitere Organisationen eine Auseinandersetzung mit dem historischen Ort. Zu ihnen gehörte die „Internationale Liga für Menschenrechte“, die selber Stadtrundfahrten anbot und später zu den Unterstützer*innen des Aktiven Museums zählte.¹² Die Liga schlug 1981 für das Gelände ein Carl-von-Ossietzky-Friedenszentrum mit einer Bibliothek und einer „antifaschistischen Ausstellung“ vor. Im Sommer 1981 rückte die Brache im Schatten der Berliner Mauer schließlich ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit, als im benachbarten Martin-Gropius-Bau die „Preußen-Ausstellung“ präsentiert wurde. Die Ausstellung beinhaltete am Ende einen erläuternden Blick auf das Gelände, auf dem nun erstmals Hinweisschilder zur NS-Vergangenheit standen.¹³ Sie mussten zwar wiederholt ausgetauscht werden, weil Nazi-Schmierereien sie verunstalteten, hinter eine dauerhafte Markierung kam der Senat nun aber nicht mehr zurück. 1982 brachte die SPD im Abgeordnetenhaus den Antrag für ein Mahnmal und ein Dokumentations- und Ausstellungszentrum ein. Der CDU-geführte Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker wollte die Idee eines Lernortes prüfen, dem Mahnmal-Anliegen schloss er sich jedoch an. Das Gelände mit den „Folterkellern der Gestapo“ erregte mittlerweile ein lebhaftes Interesse, wobei die Berichterstattung oft mit einer Dämonisierung des Ortes und der Täter einherging.

Das wachsende öffentliche Interesse für Geschichte veränderte die Gedenklandschaft. Bereits 1979 hatte das Abgeordnetenhaus eine Erweiterung der Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße beschlossen. Es folgten die Diskussionen um das Prinz-Albrecht-Areal, das anfangs oft verkürzt als „Gestapo-Gelände“ bezeichnet wurde. Darüber hinaus richteten der Senat und die Jüdische Gemeinde am 20. Januar 1982 – dem 40. Jahrestag der Wannsee-Konferenz – zum ersten Mal eine Gedenkfeier in der Wannsee-Villa aus. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Heinz Galinski trug auf der Veranstaltung die Idee für ein Dokumentationszentrum in dem Gebäude erneut vor. Der „Sender Freies Berlin“ wusste über seine Forderung zu berichten: „Galinski will kein Museum, sondern etwas Lebendiges: ein Haus, das der Erforschung der gemeinsamen Geschichte von



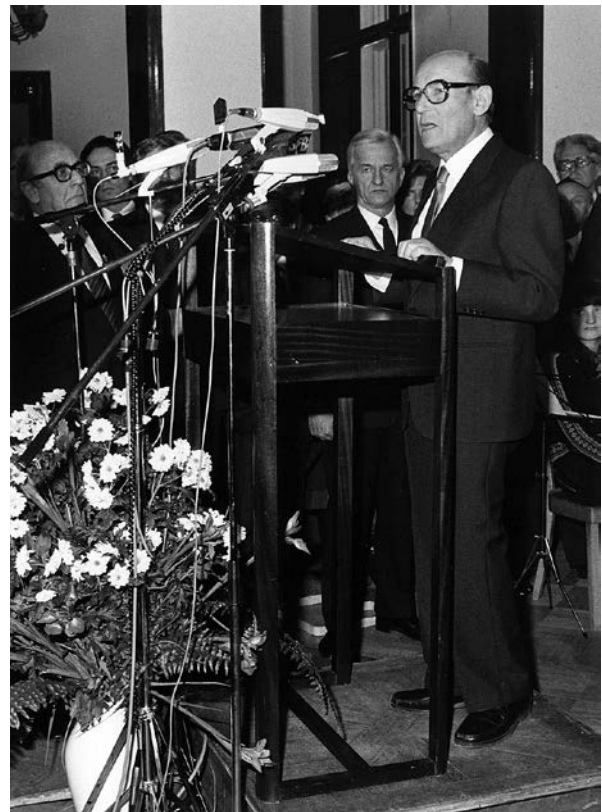
Das erste Hinweisschild auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“ zur Eröffnung der Ausstellung „Preußen. Versuch einer Bilanz“ am 15. August 1981

Deutschen und Juden dient, wo Menschen aus aller Welt an Seminaren teilnehmen können“.¹⁴ Der abgrenzende Kommentar verdeutlicht: mit einem Museum verbunden viele Menschen weiterhin nur eine verstaubte Institution. Der in den 1970er-Jahren einsetzende Wandel vieler Einrichtungen zu Lernorten fand meist wenig Beachtung.

Kurz nach den Jahrestags-Veranstaltungen kamen ehemalige Mitstreiter*innen Joseph Wulfs und weitere Engagierte zusammen, um für die Villa ebenfalls ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zu fordern.¹⁵ Der Initiativkreis erhielt jedoch eine Absage. Als symbolischen Ort für die NS-Verbrechen und angemessenen Platz für ein Denkmal sah der Senat eher das Prinz-Albrecht-Gelände. Für Ausstellungen und Wissenschaft jedoch sollten das von der Bundesregierung angestrebte Deutsche Historische Museum (DHM) im Martin-Gropius-Bau und das im Aufbau befindliche Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität zuständig sein. In diesem Sinne lobte der Senat 1983 einen offenen Wettbewerb für ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Gelände aus, das zu einem Erholungspark für die Berliner Bevölkerung werden sollte. Ähnlich wie beim Schullandheim im Haus der Wannsee-Konferenz war auch hier ein Kinderspielplatz vorgesehen. Von einem Dokumentations- und Ausstellungszentrum war keine Rede mehr.

Ein Aktives Museum als Denk- und Lernort

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Ereignisse erfolgte am 10. Juni 1983 die Gründung des Vereins „Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“. Es war ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Einzelmitglieder, die sich für eine gleichnamige Institution auf dem Prinz-Albrecht-Gelände einsetzen. Das Aktionsbündnis betonte, es sei keineswegs als Konkurrenz zur Gedenkstätte Stauffenbergstraße, dem Zentrum für Antisemitismusforschung oder dem diskutierten DHM anzusehen. Dennoch sah es das geplante nationale Geschichtsmuseum mit Skepsis, von dem diverse geschichtspolitische Akteure in der Stadt eine Relativierung der NS-Verbrechen befürchteten. Im



Heinz Galinski bei seiner Ansprache im Haus der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1982. Im Hintergrund der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker

Fokus des Aktiven Museums stand die Schaffung des Denk- und Lernortes auf dem „Gestapo-Gelände“. Der Geschäftsführer Heinz-Dieter Schilling hob das aktive Element der angedachten Einrichtung hervor: „Die Museumsbesucher und Konsumenten sind gleichzeitig auch die Macher“, betonte er.¹⁶ Für das „forschende Lernen“ am historischen Ort sollte unter anderem das Material der verschiedenen Stadtteil-Ausstellungen gesammelt und bereitgestellt werden, die rund um den 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 präsentiert worden waren.

In den West-Berliner Medien stieß die Gründung des Vereins auf reges Interesse. Ein erster großer Erfolg war, dass mehrere Wettbewerbsentwürfe für die zukünftige Gestaltung des Prinz-Albrecht-Geländes die Idee eines „aktiven Museums“ auf oder am Areal integrierten. Dies galt auch für den Siegerentwurf, der die Einrichtung des



*Teilnehmer*innen der Aktion „Nachgegraben“ am 5. Mai 1985.
Von links: Georg Kowalski, Heinz-Dieter Schilling, Falk Harnack, Christine Fischer-Defoy, Sabine Weißler*

Lernortes im nahegelegenen Deutschlandhaus vorsah. Ohne weitere Nennung von Gründen wurde der Entwurf jedoch Ende 1984 vom Senat wieder verworfen. Im selben Jahr betonte Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944: „Die Geschichte ist kein bloßer Museumsgegenstand. Sie wirkt mit Macht in unsere Gegenwart hinein. [...] Es liegt an uns, was wir aus dieser Geschichte und Gegenwart für die Zukunft machen.“¹⁷ Angesichts des Verzögerns beim Prinz-Albrecht-Gelände und der Verweigerung einer Gedenkstätte im Haus der Wannsee-Konferenz war dies ein erstaunlicher Appell.

Wenige Tage vor Weizäckers berühmter Rede zum Ende des Zweiten Weltkrieges machten das Aktive Museum und die Berliner Geschichtswerkstatt am 5. Mai 1985 die NS-Geschichte in der Stadt noch sichtbar. Im Schatten der Berliner Mauer führten sie auf dem Gelände neben dem Martin-Gropius-Bau die symbolische Aktion

„1933-1945: Nachgegraben“ durch, um auf Überreste der historischen Gebäude aufmerksam zu machen. Das gemeinsame Engagement trug dazu bei, dass der Senat archäologische Grabungen durchführen ließ. Dabei kamen Fundamente und Kellermauern der NS-Terrorzentralen zum Vorschein – es war „möglicherweise der spannendste Moment dieses Ortes“, erinnerte sich Christine Fischer-Defoy noch Jahre später. Gleichzeitig befeuerten die Arbeiten erneut vorschnelle Berichte zu den „Folterkellern“ der Geheimen Staatspolizei.

Das Aktive Museum war sich des sensiblen Terrains sehr bewusst. Die ehemalige Vorsitzende Leonie Baumann betonte später zu den Plänen des Bündnisses für den Denk- und Lernort: „Die Idee war, auf diesem Gelände einen Ort zu schaffen, der eben nicht seine Faszination im Schrecken, in dem Unfassbaren und Unbegreiflichen hatte.“ Vielmehr sollte „das Perfide dieser bürokratisch durchdachten Verfolgungsmaschi-

nerie“ gezeigt und das Begreifen von Zusammenhängen ermöglicht werden.¹⁸ Das Aktive Museum wollte den Ort erklären. Angehörige des Vereins boten dazu bereits in den 1980er-Jahren Führungen auf dem Gelände an, als dieses noch als Schuttablagerungsplatz und für führerloses Autofahren genutzt wurde. Einer von ihnen war das Mitglied des Gründungsvorstandes Wolfgang Szepansky, der 1933 in der Gestapo-Zentrale verhört und misshandelt worden war. Im Rahmen von „Antifaschistischen Stadtrundfahrten“ erläuterte er zahlreichen Jugendlichen die Geschichte des historischen Ortes.

Die freigelegten Zellenböden des Gestapo-Hausgefängnisses waren mehrfach Ort von Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen. Teilnehmer war unter anderem die West-Berliner „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern des Aktiven Museums zählte. Sie konstatierte, die Forderungen nach einer Gedenkstätte und eines damit verbundenen Dokumentations- und Ausstellungszentrums könne auch vom Senat nicht mehr verdrängt werden.

Tatsächlich war es Mitte der 1980er-Jahre um die Lernorte zum Nationalsozialismus in West-Berlin prekärer bestellt denn je. In der Ost-Berliner Zeitschrift „Die Weltbühne“ hieß es dazu, da die Gedenkstätte in der Stauffenbergstraße seit längerem geschlossen sei, bliebe einzig Plötzensee als „antifaschistische Gedenkstätte“ übrig. Viele Schulklassen würden sie besuchen und Blumen mitbringen: „Aber pädagogische Arbeit, sieht man von einer ziemlich unzulänglichen Broschüre einmal ab, wird von der Gedenkstätte nicht geleistet“, lautete die Kritik.¹⁹ Während Plötzensee 1985 über eine halbe Millionen Besucher*innen zählte, musste die Neueröffnung in der Stauffenbergstraße als „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ mehrfach verschoben werden. Die Bildungsarbeit mit Film- und Vorträgen war seit Sommer 1985 wieder möglich, ein erster Ausstellungsteil eröffnete allerdings erst im Juli 1986.

Im selben Jahr fiel die Entscheidung für zwei maßgebliche Gedenkstätten im Westteil der Stadt. Auf

einem „Hearing“ im Februar 1986 teilte der Senat mit, zur 750-Jahr-Feier Berlins ein provisorisches Gebäude auf dem Prinz-Albrecht-Gelände zu errichten, um die Geschichte des Ortes in einer Ausstellung zu dokumentieren. Auf derselben Veranstaltung forderten einstige Mitstreiter*innen Joseph Wulfs erneut ein Dokumentationszentrum im Haus der Wannsee-Konferenz – und dieses Mal blieb das Ansinnen nicht ungehört: Im September 1986 verkündete der Senat, in der Villa eine Gedenk- und Begegnungsstätte einzurichten. Diese sollte innerhalb eines „Dreiklanges“ von Gedenkorten etabliert werden, der aus der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Wannsee-Villa und dem Prinz-Albrecht-Gelände bestehen würde.

Am 4. Juli 1987 eröffnete auf dem Areal nahe der Berliner Mauer die Präsentation „Topographie des Terrors“ als Teil einer großen Ausstellung zur Berliner Stadtgeschichte. Sie bezog die Keller- und Fundamentreste der historischen Gebäude ein, was ohne die „Nachgegraben“-Aktion vom Mai 1985 nicht möglich gewesen wäre. Die Ausstellung stieß auf ein überwältigendes Interesse. Unter den zahlreichen Besucher*innen dürften zwar ebenso Personen gewesen sein, die auf das makabre Geschichts-Erlebnis spekulierten. Das Ausstellungsteam unter Leitung von Reinhard Rürup, das von Mitgliedern des Aktiven Museums beraten wurde, bediente diese Erwartungen aber nicht. Die Böden des Hausgefängnisses wurden nicht bespielt und das



Wolfgang Szepansky bei einer Führung auf dem „Gestapo-Gelände“ im Rahmen einer Antifaschistischen Stadtrundfahrt des Landesjugendringes im März 1988

provisorische Ausstellungsgebäude auf die Kellerreste einer ehemaligen Verpflegungsbaracke gesetzt. Überdies lag mittlerweile die erste wissenschaftliche Studie zum Gestapo-Hauptquartier unter dem Titel „Zentrale des Terrors“ vor, deren Ergebnisse in die Ausstellung einfließen. Durch diese Forschung von Johannes Tuchel und Reinhold Schattenfroh wurde deutlich, dass die Misshandlungen durch die Gestapo nicht in den Zellen des Hausgefängnisses im Sockelgeschoss, sondern in den oberen Stockwerken stattgefunden hatten. Reinhard Rürup, der spätere wissenschaftliche Leiter der Topographie, sollte auf diesen Umstand noch Jahre später gegen alle dramatisierenden Darstellungen hinweisen: Es gab Gestapo-Folter in erheblichem Ausmaß, aber es gab keine „Folterkeller“.²⁰

Die provisorische Ausstellung der „Topographie des Terrors“ war der erste Lernort auf dem Prinz-Albrecht-Gelände. Im Sommer 1987 prognostizierte Peter Steinbach, der Leiter der Ausstellung in der Stauffenbergstraße: „Der Verbund der Berliner Gedenkstätten ist in Deutschland ohne Vergleich und wird sicherlich auch ganz neue Akzente in der Gedenkstättenarbeit setzen.“ Das Aktive Museum hatte mit seinem frühen Engagement einen wesentlichen Teil dazu beigetragen. In ihrer Studie zur neuen Geschichtsbewegung der 1980er-Jahre konstatierte Jenny Wüstenberg sogar, der Verein sei nach 1983 „die konsequenteste Triebkraft in der Diskussion um das Gestapo-Gelände“ gewesen.²¹

Zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges veranstaltete das Aktive Museum eine symbolische Grundsteinlegung auf dem Prinz-Albrecht-Gelände. Zusammen mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und dem DGB Berlin unterstrich das Bündnis damit erneut das Ziel für die Errichtung eines „aktiven Museums“ auf der Brache. „Aus dem damaligen Ort der Täter muß heute ein Denkort werden“, lautete es in der Widmung des Steins.²² Die Gründung der Stiftung Topographie des Terrors Anfang 1992 markierte schließlich das vorläufige Ende der Diskussionen um den aktiven Denk- und Lernort. Dennoch blieb „der Kampf um und für das Gelände von Himmlers Hauptquartier“, wie Gerhard Schoenberger es kurz vor

seinem Tod formulierte, „für immer mit dem Namen des Aktiven Museums verbunden“.²³ Bis der 1986 angekündigte Dreiklang allerdings verwirklicht war, sollten noch Jahrzehnte vergehen: Die neue Ausstellung in der Stauffenbergstraße wurde zwar im Juli 1989 für die Öffentlichkeit zugänglich und die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz eröffnete im Januar 1992. Das Dokumentations- und Besucherzentrum der „Topo“ war nach vielen Provisorien und Interimslösungen allerdings erst 2010 fertiggestellt. Damit brauchte es bis zu „seiner endlichen Realisierung exakt genauso lange“ (nämlich 27 Jahre) wie die von Joseph Wulf angestoßene Initiative für einen Lernort im Haus der Wannsee-Konferenz – so hielt es Schoenberger noch 2012 treffend fest.

Zur Errichtung des Aktiven Museums ist es auch an anderer Stelle nicht gekommen. Der Verein betreibt seine Geschäftsstelle als „Museum ohne Museum“ seit mittlerweile über zwanzig Jahren in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Der Gründungsgedanke besteht jedoch nach wie vor: Weiterhin versteht sich das Aktive Museum als offene Arbeitsplattform und Werkstatt für alle, die sich mit der NS-Vergangenheit, ihren Voraussetzungen und ihren Nachwirkungen beschäftigen wollen. Eines der Betätigungsfelder ist die Sichtbarmachung weiterer NS-Täterorte in der Stadt. Bei diesem Projekt spielt nicht zuletzt die Kooperation mit verschiedenen Berliner Bezirksmuseen eine wichtige Rolle. Schaut man auf die Ursprünge des Vereins, war dies nicht unbedingt vorhersehbar. Zeugnisse des frühen Wirkens des Aktiven Museums finden sich dagegen weiterhin im Stadtraum. Dazu gehört unter anderem der Grundstein, der am 1. September 1989 gesetzt wurde. Etwas abseits der offiziellen Wege unweit des Martin-Gropius-Baus kann er nach wie vor entdeckt werden.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Mitglied im Vorstand des Aktiven Museums.

- 1) Falk Pingel, *Erinnern oder vergessen? Überlegungen zum Gedenken an den Widerstand und an die Opfer des Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9-10/81 (28. Februar 1981), S. 20.
- 2) Vgl. Interview-Collage zum 25. Geburtstag des Aktiven Museums, *Mitgliederrundbrief* 59 (Juli 2008), S. 13.
- 3) Vgl. Matthias Haß, *Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors*, Berlin 2012.
- 4) Eberhard Aleff, *Brief an Max Köhler vom 9.6.1965*, in: *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, Sammlung BVN.
- 5) „Gedenkstätte – nicht Museum“, in: *Berliner Morgenpost* vom 10.7.1968; Heino Eggers, *Der Widerstand*, in: *Telegraf* vom 20.7.1968; „Kein ‚Gruselkabinett‘“, in: *Spanndauer Volksblatt* vom 10.7.1968.
- 6) Joseph Wulf, *Brief an Egon Bahr vom 4.9.1966*, in: *Landesarchiv Berlin*, B Rep. 002, Nr. 6354.
- 7) Klaus Schütz, *Meine Antwort an Rolf Hochhuth*, in: *Welt am Sonntag* vom 5.11.1967.
- 8) Zu den Verfasser*innen zählten: Roland Reichwein, Michael Maaß, Günther Habermann, Hans Hinrich Habermann, Friedrich Graf zu Lynar, Wolfgang Maaß, Clarita Müller-Plantenberg, Verena Onken und Franz Freiherr von Hammerstein.
- 9) Hans-Ludwig Schoenthal, *20. Juli: Gedenken oder Engagement?*, in: *Die Mahnung* vom 1.7.1976.
- 10) Ein Jahr später erschien ein Faltblatt zu Orten in Ost-Berlin.
- 11) Werner Goldberg, *Schreiben an das Bezirksamt Kreuzberg vom 19.11.1979*, in: *GDW*, Sammlung BVN.
- 12) Zu den Gründungsmitgliedern zählten 1983 mit Eleonore Kujawa und Erwin Beck zwei Vertreter*innen aus dem Vorstand der Liga. Der Liga-Vizepräsident Ossip K. Flechtheim wurde Ehrenmitglied des Aktiven Museums.
- 13) Yves Müller, *Bilanz eines Versuchs. Die Preußen-Ausstellung von 1981, das nationalsozialistische Erbe und die „Topographie des Terrors“*, in: *Zeitgeschichte-online*, September 2021.
- 14) Joachim Braun, *Abendschau-Kommentar vom 21.1.1982 (Manuskript)*, in: *Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz*, Sammlung Gerhard Schoenberner.
- 15) Dazu gehörten: Ulrike Berger, Ursula Böhme, Peter Heilmann, Reinhard Henkys, Christoph Heubner, Hartmut Sander, Wolfgang Scheffler, Gerhard Schoenberner, Peter Steinbach, Reinhard Strecker und Johannes Tuchel.
- 16) „Aktives Museum“, in: *Berliner Sonntagsblatt* vom 26.6.1983.
- 17) Richard von Weizsäcker, *Entscheidung des verantwortlichen Gewissens*, Ansprache am 20. Juli 1984 im Schloß Bellevue, Berlin.
- 18) siehe Interview-Collage (Fußnote 2), S. 14.
- 19) Günter Bahr, *Engagement und Widerstände*, in: *Weltbühne* vom 28.1.1986.
- 20) Reinhard Rürup, *Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*, Göttingen 2014, S. 206.
- 21) Peter Steinbach, *Gedenkstätten – ein sinnvoller Weg zur Vergangenheit*, in: *Die Mahnung* vom 1.6.1987; Jenny Wüstenberg, *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*, Bonn 2020, S. 127.
- 22) Zur Geschichte des Steins siehe: Christine Fischer-Defoy, *„Es darf kein Gras darüber wachsen“*. Die Aktion „Grundsteinlegung“ auf dem Gestapo-Gelände 1989, in: *Gedenkstättenrundbrief* Nr. 210 (7/2023), S. 81-85.
- 23) *Erinnerung und historisches Bewusstsein*. Zum 70. Jahrestag der Wannsee-Konferenz: Gerhard Schoenberner im Gespräch mit Mira Bihaly, *Mitgliederrundbrief* 66 (Januar 2012), S. 14.

LAND UND STADT – HACHSCHARA IN BERLIN?

Das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ sucht Mithilfe

„Hachschara als Erinnerungsort“ ist ein Netzwerk-Projekt, das vorhandenes Wissen zur Hachschara dokumentieren, ergänzen und öffentlich zugänglich machen möchte. Es wurde vom Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam (MMZ) gemeinsam mit dem DFG-Projekt „Zwischen Alija und Flucht. Jüdische Jugendbünde und zionistische Erziehung unter dem NS-Regime und im vorstaatlichen Israel 1933-1945“ (TU Braunschweig) und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin) initiiert. Das Netzwerk soll dem Wissenstransfer dienen, den Erfahrungsaustausch fördern und den Aufbau neuer lokaler Initiativen unterstützen. Als erste gemeinsame Initiative wurde eine zweisprachige Datenbank (Deutsch/Englisch) auf den Weg gebracht. In dieser Datenbank sollen sukzessive alle bekannten Hachschara-Stätten erfasst und beschrieben werden.

Das Landwerk Neuendorf, Polenzwerder, Kibbuz Westerbeck, Gut Jägerslust oder Landwerk Ahrensdorf sind nur einige der Orte, an denen im 20. Jahrhundert Hachschara absolviert wurde. Der Begriff Hachschara stammt aus dem Hebräischen und kann mit „Tauglichmachung“ oder „Vorbereitung“ übersetzt werden. Von Bedeutung ist jedoch, dass das Projekt Hachschara eine Vorgeschichte hatte: die Berufsumschichtung. Mit der Umschichtung sollte versucht werden, die (oft erzwungene) Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung durch das Erlernen sogenannter „produktiver“ Berufe zu verändern. Dabei spielten sowohl der Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft als auch das Emanzipationsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft an die jüdische Minderheit eine entscheidende Rolle. Ideen der Berufsumschichtung wurden ab Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland, etwa mit Projekten wie der Israelitischen Gartenbauschule in Ahlem bei Hannover, auch zunehmend praktisch umgesetzt.

Während die Berufsumschichtung jedoch lediglich die Struktur jüdischer Berufswahl verändern wollte, sollte die Hachschara Teil eines übergeordneten Lebensprojektes namens Chaluziuth (hebr. für: Pioniertum) werden. Pionier oder Pionierin (also hebr.: Chaluz oder Chaluzza) zu sein bedeutete, sich zunächst in einem praktischen Beruf ausbilden zu lassen, dann „auf Alija“ (hebr. für Aufstieg, Einwanderung) nach Eretz Israel/Palästina zu gehen und dort in einem Kibbuz zu leben und zu arbeiten. Hachschara sollte nie Selbstzweck sein, sondern lediglich zur Vorbereitung auf ein „richtiges Leben“ in Eretz Israel dienen. Die Kibbuzim sollten dabei Basis für eine noch zu schaffende aktive jüdische Gemeinschaft in Palästina sein. Damit war auch die Frage nach dem erforderlichen und notwendigen Beruf aufgeworfen. Landarbeiter:innen, so die Idee, sollten kollektiv den Boden kultivieren und das jüdische Land entwickeln.

Somit lag auch der Schwerpunkt der Hachschara auf der Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufsfeldern. Daneben gab es jedoch auch gärtnerische, hauswirtschaftliche und handwerkliche Ausbildungen, sowie einige Spezialausbildungen (z.B. in der Seefahrt). Hachschara war ein zionistisches Projekt, konkreter noch: ein sozialistisch-zionistisches Projekt. Die Idee von Gemeinschaft, ob auf Hachschara oder im Kibbuz, war dabei Kernelement der Erziehung. Neben der beruflichen Ausbildung gehörte auch eine „geistige“ und „kulturelle“ Bildung (Tarbut) dazu, inklusive des Erlernens von Hebräisch als gemeinsamer Sprache in der neuen „Heimstätte“ Eretz Israel. Erste Orte und Stätten der Hachschara (hebr. Plural: Hachscharot), entstanden gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Osteuropa, in Deutschland etwa ab 1919/1920.

Auch in der Region Brandenburg existierten diverse Hachschara-Stätten, von denen die Mehrzahl der Öffentlichkeit bis heute unbekannt ist. Nur vereinzelt wird durch Ausstellungen oder Hinweistafeln auf ihre Existenz verwiesen. Die Sichtbarmachung der wenigen Orte ist oft auf die Forschungen und das Engagement einzelner Personen und Initiativen zurückzuführen. Meist sorgten Bürger:innen vor Ort dafür, dass Hinweistafeln oder auch Gedenksteine aufgestellt wurden.

Ein Beispiel hierfür ist das ehemalige Landwerk Ahrensdorf. Ein Förderverein zur Erforschung der Geschichte der Hachschara-Stätte initiierte 1997 die Errichtung eines Gedenksteins nahe des Landwerks. Gleichzeitig kämpft eine ehemalige Lehrkraft der Trebbiner Goethe-erschule, in Nachbarschaft Ahrensdorfs, für die erneute und vor allem dauerhafte Präsentation einer Ausstellung zur Geschichte des Ortes. Das ehemalige Hauptgebäude des historischen Landwerks Ahrensdorf zerfällt allerdings zusehends.

Das MMZ setzt sich für die Erhaltung und die Darstellung der Geschichte vor Ort ein. Allerdings befindet sich das Gebäude, wie die meisten Orte, an denen die jüdischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgebildet wurden, heute in Privatbesitz. So müssen Lösungen für diese Orte gefunden werden, die versuchen, allen Interessen gerecht zu werden: sowohl denen der heutigen Besitzer:innen als auch von Initiativen, die sich dafür einsetzen, an die Geschichte der Hachschara vor Ort zu erinnern.

Wie eine heutige Vermittlung und Darstellung der Geschichte der Hachschara-Stätten funktionieren kann, zeigt die aktuelle Nutzung des ehemaligen Landwerks Neuendorf. 2018 gründete sich der Verein „Geschichte hat Zukunft – Neuendorf im Sande e.V.“ (<https://geschichte-hat-zukunft.org/>), um die Geschichte des Ortes zu erforschen und vor Ort darzustellen. Ergebnis ist unter anderem eine Ausstellung auf dem Gelände, die 2022 eröffnet wurde. Auch wenn sich das ehemalige Hachschara-Gelände heute in Privatbesitz befindet, gestalten die Bewohner:innen dort einen offenen Ort, mit zahlreichen Veranstaltungen, die sich immer wieder auch mit der Geschichte der einstigen Ausbildungsstätte beschäftigen.

Der Fokus der historischen Hachschara auf die Landwirtschaft ist ein Grund, warum sich das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ bisher hauptsächlich mit Stätten auf dem Lande befasst hat. Allerdings gab es auch Hachschara in Städten, die in Forschung und Erinnerung bislang nur am Rand wahrgenommen wurden. Denn auch wenn das Ideal galt, dass Chaluzim/

Chaluzot Arbeiter:innen sein sollten, die universell einsetzbar waren – ob in der Landwirtschaft oder beim Straßenbau – ließ es sich trotzdem nicht vermeiden, dass es auch im Kibbuz Bedarf an speziellen Kenntnissen gab, z.B. als Schmied oder Tischler.

Die Ausbildungen für diesen Arbeitsbereich wurden oft in Städten durchgeführt. Allerdings war es in den Städten schwieriger, neben der Ausbildung die notwendige geistig-kulturelle Erziehung zu organisieren. Hier sollte das so genannte Beit-Chaluz (hebr. für: Pionierhaus; Plural: Bate Chaluz) Abhilfe schaffen. Aber während für viele der landwirtschaftlichen Hachscharot – mehr oder weniger – detaillierte Berichte vorliegen, gibt es über das Leben, die Arbeit oder die Gemeinschaft städtischer Hachschara kaum Vergleichbares. Unsere Fokussierung auf die Bate-Chaluz, im Zusammenhang mit städtischer Hachschara, hat einen einfachen Grund: Sie sind in ihrer Mehrzahl der Organisation Hechaluz zuzuordnen. In einer Statistik für das Jahr 1937 sind deutschlandweit 44 Bate-Chaluz aufgelistet, davon allein 13 in Berlin.



Jungen in der Werkstatt im Hachschara-Lager Berlin-Niederschönhausen, um 1935, Fotograf: Herbert Sonnenfeld

Neben den Bate-Chaluz unterhielt der Hechaluz in Städten nur wenige eigene Einrichtungen. Von den 1.500 Chaluzim/Chaluzot, die der Verband 1938 in seinen Einrichtungen zählte, lernten nur 250 in seinen städtischen Ausbildungsbetrieben. Allerdings absolvierte wohl eine deutlich größere Zahl ihre Ausbildungen in Umschulungseinrichtungen, die von Synagogen-

gemeinden und jüdischen Wohlfahrtsverbänden getragen wurden, oder in kleinen Handwerksbetrieben. Die Mehrzahl der Auszubildenden hatte jedoch nichts oder nicht viel mit dem zionistischen Projekt Hachschara zu tun. Sie waren als Jüdinnen und Juden von Schulen oder einem Studium ausgeschlossen worden und konnten keine Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb jüdischer Einrichtungen mehr finden. Diese Ausbildungen orientierten sich meist an der klassischen Berufsumschichtung.

Für das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ kann es aber nicht darum gehen, alle Stätten jüdischer Berufsausbildung zu erfassen und zu beschreiben, der Fokus liegt auf jenen, die dem Projekt Hachschara zuzuordnen sind. Allerdings gab es Stätten, an denen sowohl Hachschara als auch Berufsumschichtung stattfand (Landwerk Neuendorf, Umschichtungsstelle der Reichsvertretung der Juden in Deutschland Berlin-Niederschönhausen). Und es gab Umschichtungsstätten, die dem Projekt Hachschara so sehr ähnelten, dass es wichtig ist, diese ebenso zu beachten.

In Groß-Breesen in Schlesien, wo seit 1936 auf dem Gutshof nichtzionistische Berufsumschichtung stattfand, wurde ebenfalls Wert auf Gemeinschaftserziehung gelegt; so wurde – neben der Berufsausbildung – auch Sprachunterricht (nicht Hebräisch, sondern Englisch und Portugiesisch) durchgeführt. Zumindest anfänglich war zudem ein starker Einfluss (nichtzionistischer) Jugendbünde prägend, ebenso existierte die Idee kollektiver Emigration bzw. Siedlung in Emigrationsländern. Ähnliches gilt auch für andere nichtzionistische Projekte, wie etwa einen – kurzzeitigen – Versuch in Berlin-Buckow Mitte der 1920er-Jahre. Damit ist auch das Spannungsfeld umrissen, in dem sich das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ bewegt.

Die wichtigste und größte innerstädtische Hachschara-Einrichtung in Berlin, die inzwischen auch gut dokumentiert ist, befand sich in der ehemaligen Flaschenfabrik von Paul Latte in Niederschönhausen. Das Ehepaar Latte verpachtete 1934 Teile des Geländes ihrer Flaschenfabrik an die Reichsvertretung der deut-

schen Juden, die wiederum das Gelände zur Ausbildung jüdischer Jugendlicher nutzte, um sie auf bestimmte Berufszweige und die mögliche Auswanderung vorzubereiten. Hier fand zeitgleich mit der Hachschara auch nichtzionistische Vorlehre und Berufsumschichtung statt, ein gutes Beispiel dafür, dass es wichtig ist, im Hinblick auf Hachschara die Grenzen nicht zu eng zu ziehen. Durch die nachfolgende Nutzung war die Geschichte als Ort von Berufsumschichtung und Hachschara lange Zeit nicht ersichtlich. Doch auch hier konnte durch das Engagement von Bürger:innen eine Gedenk- und Informationstafel zu Selma und Paul Latte und der Umschichtungsstelle Niederschönhausen 1934-1941 aufgestellt werden. Zudem informiert inzwischen eine Publikation über die Geschichte des Ortes.

Mit diesem kurzen Abriss sind einige Möglichkeiten und Schwierigkeiten für eine Recherche zur Hachschara in der Stadt, genauer in Berlin, schon angedeutet. Zum einen gab es das nahegelegene, brandenburgische Umland, in dem mit der Errichtung von landwirtschaftlichen Hachschara-Stätten, mehr als in jeder anderen Gegend Deutschlands, der Bedarf an Hachschara-Stellen für viele junge jüdische Berliner:innen gedeckt werden konnte. Größere Gartenbaubetriebe, die für Fragen der Hachschara eine Scharnierfunktion zwischen Land und Stadt einnahmen, fanden sich auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee und ab Sommer 1940 am Wannsee. Allerdings war das auch die Zeit, in der viele Hachscharot in Orte der Zwangsarbeit umgewandelt wurden. So arbeiteten Am Großen Wannsee 46 junge Jüdinnen und Juden, die ihre Arbeit als Zwangsarbeit verstanden, neben anderen, die von einem chalizischen Selbstverständnis geprägt waren und ihre Arbeit deshalb noch als Hachschara ansahen.

In Waidmannslust wurde 1933 eine Umschichtungsstelle für rund 100 Menschen eingerichtet. Kleinere Gruppen aus dieser Ausbildung gründeten ein Jahr später die Bate-Chaluz in Frohnau und Hermsdorf und gingen – wieder ein Jahr später – auf Alija. Bisher liegen uns aber nur rudimentäre Informationen über diesen Ort vor. So müsste bspw. an dieser Stelle noch grundlegender erforscht werden, welche Art von Ausbildungen



Zwei Bauarbeiter im Hachschara-Lager Waidmannslust bei Berlin, 1933, Fotograf: Herbert Sonnenfeld

hier stattfanden. Handelt es sich um Hachschara oder Berufsumschiebung? Wer hat die Ausbildung organisiert und in welchen Feldern wurde ausgebildet? Sind Personen namentlich bekannt? Das sind nur wenige der Fragen, die für Waidmannslust, aber auch für die anderen Orte in Berlin beantwortet werden sollen.

Das Projekt „Hachschara als Erinnerungsort“ sammelt diese und alle weiteren Informationen zur Hachschara und versucht, das vereinzelte Wissen zu bündeln und in die Datenbank aufzunehmen, auch um weitere Forschungen anzuregen. Als Netzwerkprojekt versucht es lokal verankerte Forschung auch vieler Einzelpersonen, ähnlich dem Aktiven Museum, zu verknüpfen und sichtbar zu machen. Gerade deshalb ist das Projekt auf Engagement „von außen“ angewiesen, insbesondere auch, um die Datenbank erweitern zu können. Schon kleinste Informationen sind für das Projekt sehr wertvoll. Haben Sie Hinweise zur Hachschara bzw. ähnlichen Ausbildungsformen, insbesondere in

Berlin? Wir freuen uns, wenn Sie sich bei uns melden – ob nun mit Details zur genannten Umschichtung in Waidmannslust oder auch allen weiteren Spuren von Hachschara-Stätten in Berlin!

Weitere Informationen zum Projekt und Kontakt:
<https://hachschara.juedische-geschichte-online.net/>

Knut Bergbauer, Miriam Rürup und Nina Zellerhoff

Knut Bergbauer ist Diplom-Sozialpädagoge und Mitarbeiter im DFG-Projekt „Zwischen Alija und Flucht. Jüdische Jugendbünde und zionistische Erziehung unter dem NS-Regime und im vorstaatlichen Israel 1933-1945“ an der TU Braunschweig.

Prof. Dr. Miriam Rürup ist Historikerin und Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam (MMZ).

Nina Zellerhoff, M.A. ist Museologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am MMZ.

AUSGEBLENDET. DER UMGANG MIT NS-TÄTERORTEN IN CHARLOTTENBURG UND WILMERSDORF

Vortrag zur Eröffnung in der Villa Oppenheim am 1. Juni 2023



Die Ausstellung „Ausgeblendet“ wurde im Herbst 2017 das erste Mal in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz präsentiert. Zu diesem Zeitpunkt hatte unser kleines Kurator*innen-Team nicht daran gedacht, dass unsere Präsentation zum „Umgang mit NS-Täterorten in Berlin“ einmal noch umfangreicher werden würde. Auch war anfangs nicht geplant, dass die Ausstellung einmal den Weg durch verschiedene Berliner Bezirke nehmen würde. Ursprünglich hatten wir nur einige West-Berliner Orte und Akteure präsen-

tiert, doch schon bald erfolgte die erste Erweiterung der Ausstellung über die Geschichte von Täterorten im Ost-Teil der Stadt. Diese Ost-Berliner Ausstellung konnten wir im Januar 2020 in der Burgstraße im Haus des Bundesverbandes deutscher Banken präsentieren.

Für die Präsentation hier in der Villa Oppenheim wurde die Ausstellung nun noch einmal um Orte aus dem Bezirk ergänzt. Über diese Kooperation mit dem Museum Charlottenburg-Wilmersdorf freuen wir uns sehr und wir sind dem Bezirk, der Leiterin des Museums Heike Hartmann und ihrem Team zu großem Dank verpflichtet, denn sie machten diese Erweiterung überhaupt erst möglich. Diesen neuen Bereich in der Ausstellung können die Besucher*innen an der Präsentation in den Vitrinen erkennen, denn erstmals zeigen wir auch ausgewählte Original-Exponate. Inhaltlich fügt sich die Erweiterung jedoch nahtlos in das bisherige Ausstellungsnarrativ ein.

In den vorangegangenen Ausstellungen war es uns wichtig, auch das Engagement einzelner Personen und Organisationen für die Entwicklung der Erinnerungskultur in Berlin darzustellen. Mit zwei neuen Orten aus Charlottenburg können wir nun auch auf die ersten Gedenkstätten West-Berlins eingehen. Wir zeigen eine Broschüre über die Eröffnung der Gedenkstätte Plötzensee, die im September 1952 eingeweiht wurde. Außerdem präsentieren wir die Baupläne vom ersten Mahnmal im West-Berliner Stadtzentrum für die Opfer des Nationalsozialismus: Es ist das Mahnmal des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN), das auf dem Steinplatz im November 1953 eingeweiht wurde. In diesem Jahr feiert der Gedenkort den 70. Jahrestag seiner Errichtung.

Unsere Ausstellung konzentriert sich jedoch vor allem auf die Orte der Täter, an denen Verbrechen geplant und organisiert wurden. Sie geht ins Zentrum der Macht und thematisiert den Umgang mit Reichskanzlei, Führerbunker und Reichsluftfahrtministerium. Sie nimmt die Wilhelmstraße und den Wilhelmplatz in den Blick, wo sich unter anderem das Reichspropagandaministerium befand.

Die Ausstellung beleuchtet die schwierige Entstehungsgeschichte von zwei großen Berliner Gedenkorten: gemeint sind die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz und die „Topographie des Terrors“, die am einstigen Standort von Gestapo-Zentrale, dem Sitz des Reichsführer SS und dem Reichssicherheitshauptamt entstand. Für die Auseinandersetzung mit NS-Täterorten in der Stadt waren vor allem die Debatten um das zuletzt genannte Areal in Kreuzberg von großer Bedeutung. Im Jahr 1987 erfolgte hier die Eröffnung der provisorischen Ausstellung der „Topographie des Terrors“. Die Ausstellung informierte erstmals umfänglich über die Institutionen des NS-Terrors in Berlin – und eigentlich fand im öffentlichen Stadtraum erst seit diesem Zeitpunkt verstärkt eine konkrete Benennung von Täterorten durch Informationstafeln oder andere Hinweise statt.

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wurden diese Hinweise in den 2000er-Jahren vergleichsweise spät installiert. Ein Beispiel – das wir auch in unserer Ausstellung präsentieren – ist die gläserne Informationstafel vor dem Stüler-Bau in der Schloßstraße Nr. 1. Sie verweist auf die Führerschule des Sicherheitsdienstes, in der Lehrgänge für Gestapo- und Kripobeamtete stattfanden. Viele der Teilnehmer waren später an NS-Verbrechen beteiligt. Im Rahmen des Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ wurde hier im Jahr 2013 eine Informationstafel über diese Nutzungsgeschichte enthüllt.

Unsere Ausstellung beschränkt sich aber nicht auf die unmittelbare Nachbarschaft. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit, einen sehr speziellen und weitläufigen Gang durch den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf anzutreten. Wir zeigen die erste Gedenktafel am ehemaligen Deportationsbahnhof Grunewald. Sie wurde im November 1953 von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) auf dem damaligen Reichsbahngelände angebracht. Wir thematisieren die von Reinhard Strecker erstellte Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“. Sie wurde im Februar 1960 in der Galerie Springer am Kurfürstendamm Nr. 16 präsentiert. Wir gehen auf das Wirken des Historikers und Auschwitz-Über-

lebenden Joseph Wulf ein, der in den 1950er-Jahren nach Berlin zog und bis zu seinem Tod im Jahr 1974 in Charlottenburg lebte. Wulf wohnte mehr als zwei Jahrzehnte in der Giesebrechtstraße 12. Es ist nicht überliefert, ob er wusste, wer in der NS-Zeit in diesem Haus gewohnt hatte: Es war Ernst Kaltenbrunner, der Chef des Reichssicherheitshauptamt und Nachfolger von Reinhard Heydrich, welcher 1942 zur Wannsee-Konferenz eingeladen hatte. In diversen Briefen hatte Wulf sein Leben im Land der Täter thematisiert. Berlin bezeichnete er dabei unter anderem als „die Stadt des Reichssicherheitshauptamtes“. In unserer Ausstellung erzählen wir einen Teil eben dieser Geschichte.

Während der NS-Zeit hatten in Charlottenburg und Wilmersdorf mehrere SS-Hauptämter und untergeordnete Dienststellen der SS sowie mehrere Stellen des Reichssicherheitshauptamtes ihren Sitz. Wir gehen bei weitem nicht auf alle diese Adressen ein, sondern zeigen davon nur einen kleinen Teil. Einer dieser fast vollkommen vergessenen Orte ist das SS-Führungshauptamt in der Kaiserallee Nr. 187/188, heute Bundesallee. In dem Gebäudekomplex wurden in der NS-Zeit die Kriegsverbrechen der SS maßgeblich gesteuert. Nur Teile des Ensemble wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört, andere Teil dagegen nach 1945 weiter genutzt und in den 1970er-Jahren abgerissen. Heute erinnert an diesem Ort nichts an seine Geschichte.

Ein anderer Täterort befand sich am Kurfürstendamm Nr. 140-143, wo seit 1939 das SS-Hauptamt „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums“ seinen Sitz hatte. Hier planten Schreibtischtäter die Unterwerfung Osteuropas. Weite Teile des Gebäudekomplexes wurden im Krieg zerstört. Anfang der 1970er-Jahre erfolgt der Abriss des verbliebenen Teils und auf der freien Fläche wurde ein für die damalige Zeit typischer Betonklotz errichtet. Seit 2008 erinnert daneben eine mehrsprachige Informations-Stele an die Millionen Opfer des „Generalplan Ost“.

Tatsächlich wurde der ursprüngliche Gebäudekomplex am Ku’damm im „Dritten Reich“ sogar von verschiedenen Institutionen des NS-Terrorapparates ge-

nutzt. Auch war hier ein Unternehmen ansässig, das sich bereitwillig in den Dienst des NS-Staates gestellt hatte. Neben dem SS-Hauptamt waren am Kurfürstendamm 140 die Referate für Abwehr, Sabotage, Fälschungswesen, Hoch- und Landesverrat sowie Grenzpolizei des Reichssicherheitshauptamtes untergebracht. Ebenso in diesem Gebäude befand sich eine Niederlassung der IG Farben. Doch wie wurde nach 1945 mit dieser Geschichte umgegangen? Es ist wahrscheinlich vor allem der Größe der Altbau-Wohnungen in diesen Teil Berlins zu verdanken, dass die Vergangenheit des Hauses Nr. 140 in den 1960er-Jahren überhaupt in die Öffentlichkeit rückte.

In dem halbzerstörten Gebäude hatte ab 1964 der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) sein Büro. Die Miete wurde dadurch finanziert, dass zahlreiche SDS-Aktivistinnen und Aktivisten in dem Zentrum lebten und für ihre Zimmer Miete zahlten. Über das SDS-Zentrum am Kurfürstendamm Nr. 140 gibt es zahlreiche Berichte. In der 2018 erschienenen Publikation „Stadt der Revolte“ ist dem Ort sogar ein eigenes Kapitel gewidmet. In zahlreichen Schilderungen und auch auf historischen Fotos aus den 1960er-Jahren sticht ein markantes Überbleibsel aus der NS-Zeit hervor: Ein in Sandstein gehauener Reichsadler über dem Eingang des Hauses. In einer Biographie über Rudi Dutschke, einen der Wortführer der Studentenbewegung, werden das Gebäude und der Adler ebenfalls beschrieben:



Aktivist*innen der Straßen-Performance „Freiheit für Fritz Teufel“ vor dem SDS-Zentrum am 3. Juli 1967

„Den Ku’damm ein Stück stadtauswärts vom Adenauerplatz, vielleicht zehn Minuten zu Fuß, an der Einmündung der Johann-Georg-Straße stand das Haus Nummer 140, ein keilförmiges Eckhaus, vorn zur Kreuzung hin abgeflacht. An dieser Seite war der Eingang, ein massiges Steinportal, besetzt von einem gewaltigen steinernen Adler, der im Dritten Reich das „Stabshauptamt beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ bewacht hatte. Von seiner alten schwülstigen Pracht gemausert, hielt er noch einen Pflug in den Krallen, das Hakenkreuz war ihm inzwischen abhanden gekommen, die Spitzen seiner Schwingen waren abgebrochen. Eine Tür weiter links im gleichen Haus gab es Schnaps und Zigaretten, und wer eine Tür zu weit rechts erwischte, konnte nur Särge kaufen und Sterbeversicherungen abschließen.“¹

Bereits während der Zeit als SDS-Büro wurde die NS-Vergangenheit des Hauses also wiederholt thematisiert. Wie in vielen anderen Fällen spielt sie jedoch keine weitere Rolle. Zum damaligen Zeitpunkt war eine Markierung von NS-Planungszentralen undenkbar. Vielmehr ging es noch darum, dass diejenigen, die in diesen Häusern gewirkt hatten, vor Gericht gestellt wurden – was in den seltensten Fällen geschah.

Den Prozessen zur Ahndung von NS-Gewaltverbrechen aus dieser Zeit haben wir es allerdings zu verdanken, dass manche Täterorte überhaupt lokalisiert werden können – und damit komme ich auch schon zum letzten Beispiel meiner Einführung. Im Jahr 1966 fand vor dem Schwurgericht in Hannover ein Prozess gegen SS-Männer statt, die an der Konstruktion von sogenannten „Gaswagen“ beteiligt waren. Mit diesen Fahrzeugen waren in Ost- und Südosteuropa ab 1941 Zehntausende Menschen durch Autoabgase ermordet worden. In einem Artikel zu dem Verfahren berichtete das Magazin „Der Spiegel“ wie 1941/1942 in Berlin hinter „geschlossenen Garagentüren“ Lastwagen zu mobilen Massenmord-Maschinen umgebaut wurden.

Wir zeigen in unserer Ausstellung diese Spiegel-Ausgabe vom 16. Mai 1966 und gehen ebenfalls auf den Ort des Geschehens ein. Dieser lag in Berlin-

Wilmersdorf in der Seesener Straße 9-13. Dort betrieb das Reichssicherheitshauptamt ab 1941 eine Fahrzeugwerkstatt. Sie lag in einem großen Garagenkomplex in dem das RSHA bereits etliche 100 Fahrzeuge abgestellt hatte. Die SS-Konstrukteure bauten in dieser Werkstatt Lastwagen zu mobilen Gaskammern um. Dafür wurden armdicke Schläuche anmontiert. Sie leiteten die Abgase der LKW-Motoren in das Innere des luftdicht verschlossenen Kastenaufbaus. Mindestens 13 Lastwagen wurden in der Seesener Straße zu Todeswagen umgebaut, um danach mit diesen Fahrzeugen in der Sowjetunion und Serbien Menschen zu ermorden. Es ist ein NS-Täterort, der bisher kaum beachtet wurde.



Blick auf einige der Garagen in der Seesener Straße im Mai 1964. Noch im selben Jahr wurde der Gebäudekomplex abgerissen.

Was geschah mit dem Gebäudekomplex? Ein Teil wurde im Krieg zerstört, die meisten Werkstätten und Garagen wurden nach 1945 jedoch weiter genutzt. In den Vordergebäuden gab es sogar eine Gaststätte mit Kegelbahn und einige Wohnungen. Im Jahr 1964 erfolgt der Abriss des Komplexes. An seiner Stelle wurde ein Fabrikations- und Verwaltungsgebäude errichtet. Heute ist dort ein großer Discounter untergebracht. Die Nachbarschaft ist weiterhin von KfZ-Werkstätten geprägt. Die Geschichte dieses Ortes wurde in Fachkreisen nur selten thematisiert. Eine dieser Studien legte im Jahr 2008 Bernhard Bremberger vor.² In den meisten Auflistungen zu RSHA-Standorten in Berlin ist die Seesener Straße aber nicht zu finden. In der breiten

Öffentlichkeit ist dieser nationalsozialistische Täterort weitgehend unbekannt.

Das Beispiel zeigt: In dieser Stadt gibt es noch immer viel zu entdecken und zu erforschen. Daher mein Appell an Sie: Gehen Sie mit offenen Augen durch die Stadt. Halten Sie Ausschau nach Baulücken und Bausünden und fragen Sie sich, was hier einmal war. Machen Sie hin und wieder aber auch Halt vor Stolpersteinen, Gedenk- und Informationstafeln, die in der Hektik des Alltags schnell übersehen werden. Diese bereits existierenden Markierungen können dazu beitragen, unser historisches Bewusstsein zu schärfen. Und sie können Ausgangspunkt sein für weitere Nachforschungen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viele neue Erkenntnisse beim Besuch unserer Ausstellung.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling hat zwischen 2017 und 2020 sowohl der Arbeitsgruppe für den West-Berliner Teil der Ausstellung als auch jener für Ost-Berlin angehört – und jüngst auch die bezirkliche Ergänzung zu Charlottenburg-Wilmersdorf erarbeitet.

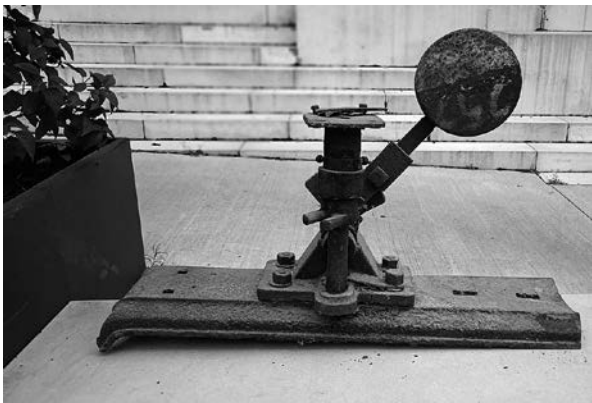
Die Wanderausstellung in der Villa Oppenheim ist dort noch bis zum 3. September 2023 zu sehen.

1) Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Berlin 1993, S. 79.

2) Bernhard Bremberger, Mobile Gaskammern und Zwangsarbeit. Aus der Geschichte der Neuköllner Fahrzeugfirma Gaubschat, in: Cord Pagenstecher, Bernhard Bremberger, Gisela Wenzel, Zwangsarbeit in Berlin: Archiv-recherchen, Nachweissuche und Entschädigung, Berlin 2008, S. 233-252.

WEICHENSTELLUNGEN INS LAGER THERESIENSTADT – ODER INS EXIL

Der Möckernkiez errichtet einen Gedenkort für die „Alterstransporte“ von 1942 bis 1945



Der Begriff Gleis findet sich in der deutschen Sprache in vielen Konnotationen wieder: „eingefahrene Gleise“, „in gewohnten Gleisen verlaufen“, „auf ein Abstellgleis geraten“. Ihnen ist eine Bedeutung gemeinsam: Es wurden Richtungsentscheidungen getroffen, Weichen gestellt. Für die Bewohner:innen der Wohnanlage Möckernkiez eG am Rand des Kreuzberger Gleisdreieckparks hat das Wort Gleis eher einen praktischen Bezug. Durch die Anlage verlaufen Schienen, die – von gelegentlichen Fahrten einer Museumsbahn abgesehen – seit längerer Zeit ungenutzt bleiben. Von 1839 bis 1959 verbanden diese Gleise den einstmals größten Bahnhof des europäischen Festlands, den Anhalter Bahnhof, mit Städten wie Wien, Budapest, Karlsbad, Rom, Venedig oder auch Neapel.

Dass dieser Bahnhof nicht nur für Urlaubs- und Geschäftsreisen genutzt wurde, ist z. B. den Forschungsberichten von Dietlinde Peters und Alfred Gottwaldt zu entnehmen. 9.600 Jüdinnen und Juden wurden zwischen 1942 und 1945 vom Gleis 1 aus in den „Alterstransporten“ nach Theresienstadt und oft weiter nach Auschwitz deportiert. 1938 wurden von dort aus jüdische Berliner Jugendliche nach England in Sicherheit

gebracht. Zudem war der Bahnhof für prominente Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Heinrich und Klaus Mann, Max Reinhardt oder auch Alfred Döblin die letzte deutsche Station auf ihrem Weg ins Exil.

An diese vielfältige historische Bedeutung des Anhalter Bahnhofs will die seit 2018 tätige Arbeitsgruppe des Möckernkiez e.V. „Anhalter Bahnhof. Gleis 1. Der Ort, auf dem wir leben“ erinnern. Es ist geplant, ein Mahnmal auf einem öffentlichen Gelände der Wohnanlage zu errichten. Dieses Mahnmal soll über den lokalhistorischen Kontext informieren, zur Teilnahme motivieren und Diskurse anregen. Als visueller Anknüpfungspunkt soll ein 2012 auf dem Gelände gefundener „Weichenbock“ (Umleger) dienen. Dabei handelt es sich um ein 1927 hergestelltes Relikt der Hagen AG, die während der NS-Zeit Zwangsarbeitende für ihre Rüstungsproduktion beschäftigte. Der zu schaffende Ge-Denkort soll neben dem fest installierten Weichenbock eine mehrsprachige Infotafel mit QR-Code erhalten. Dieser weist auf den historischen Kontext, die laufende Arbeit der Projektgruppe und die dazugehörigen Veranstaltungen im Forum des Möckernkiezes hin.

Die Arbeitsgruppe stellt sich für den Prozess der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung als Multiplikator zur Verfügung. Sie liefert weitergehende historische Informationen über die Geschichte des Anhalter Bahnhofs mit dem Schwerpunkt auf den Jahren der Deportation. Darüber hinaus sucht die AG die Zusammenarbeit mit Museen und Schulen im Umfeld der Möckernkiez eG. Dem Motto von Yad Vashem „Remembering the Past, Shaping the Future“ verpflichtet, präsentiert die AG zu besonderen historischen Anlässen Projektionen von exemplarischen Biographien. Für den 27. März 2025, dem 80. Jahrestag des letzten, vom Anhalter Bahnhof aus nach Theresienstadt geschickten „Alterstransports“, ist eine öffentliche Gedenkveranstaltung geplant.

Johann Behrens, Matthias Braun, Norbert Peters

Johann Behrens, Dr. Matthias Braun und Norbert Peters sind Mitglieder der Arbeitsgruppe.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de